

# Palästina und der Atomstaat Israel

**Vorweg:**

**Teil vom 2.6.22:** <http://antjeundieter.de/wp-content/uploads/2015/09/Pal%C3%A4stina2.pdf>

**Teil vom 9.8.22 :** <http://antjeundieter.de/wp-content/uploads/2015/09/Pal%C3%A4stina3.pdf>  
mit Aktueller Analyse von Moshe Zuckermann

**Teil vom 2.11.22 :** <http://antjeundieter.de/wp-content/uploads/2015/09/Pal%C3%A4stina4.pdf>  
vor dem Hintergrund der aktuellen Wahl in Israel

**Teil 2 vom 2.2.23 :** <http://antjeundieter.de/wp-content/uploads/2015/09/Pal%C3%A4stina-und-der-Atomstaat-Isreal-Teil-2.pdf>

**Teil 3 vom 29.3.23:** <http://antjeundieter.de/wp-content/uploads/2015/09/Pal%C3%A4stina-und-der-Atomstaat-Israel-Teil-3.pdf>

**Teil 4 vom 7.4.23:** <http://antjeundieter.de/wp-content/uploads/2015/09/Pal%C3%A4stina-und-der-Atomstaat-Israel-Teil-4.pdf>

**Teil 5 vom 18.5.23:** <http://antjeundieter.de/wp-content/uploads/2015/09/Pal%C3%A4stina-und-der-Atomstaat-Israel-Teil-5.pdf>

**Teil 6 vom 8.6.23:** <http://antjeundieter.de/wp-content/uploads/2015/09/Pal%C3%A4stina-und-der-Atomstaat-Israel-Teil-6.pdf>

**Teil 7 vom 6.7.23:** <http://antjeundieter.de/wp-content/uploads/2015/09/Pal%C3%A4stina-und-der-Atomstaat-Israel-Teil-7.pdf>

**Teil 8 vom 27.7.23:** <http://antjeundieter.de/wp-content/uploads/2015/09/Pal%C3%A4stina-und-der-Atomstaat-Israel-Teil-8.pdf>

**Zur Info weitergeleitet.**

Mit solidarischen Grüßen

Antje und Dieter

[www.antjeundieter.de](http://www.antjeundieter.de)

[https://t1p.de/impressum\\_a\\_und\\_d](https://t1p.de/impressum_a_und_d)

<https://t1p.de/Autoren-Nach-Lesung>

<https://t1p.de/Gedicht-Neu>

<https://t1p.de/Anti-AKW-Video>

<https://t1p.de/brokdorfweisserose>

<https://t1p.de/kernfusion-neindanke>

**Nachfolgend weitere Berichte als Teil 9 :**

**.) Israel: Benjamin Netanjahu zerstört mit Justizreform Identität seines Landes**

<https://www.freitag.de/autoren/lutz-herden/israel-benjamin-netanjahu-zerstoert-mit-justizreform-identitaet-seines-landes?fbclid=IwAR3j12Pk2gRuqjDtRK8h3GVP7m6jkVE-Fm2Z0GebreddB2mzQXAbETgVFs>

## **.)Wir zerstören sogar ihre Brunnen**

Gideon Levy

<https://www.haaretz.com/opinion/2023-07-30/ty-article-opinion/.premium/we-even-destroy-their-water-wells/00000189-a31f-d00f-a7db-b39f5f280000>

Der Zementmischer spuckte die graue Flüssigkeit aus, die geräuschvoll in die Brunnen floss und ihn verstopfte. Dort standen die Soldaten, die als Wachen dienten, die Angestellten der Zivilverwaltung, die sich diesen bösen Plan ausgedacht hatten, die Arbeiter, die ihn ausführten, und die Bauern, die ihre Lebensgrundlage für immer vernichtet sahen.

Die Soldaten versuchten, sie zu vertreiben, so wie man streunende Hunde verscheuchen würde. Der Beton floss weiter, und die Leute von der Zivilverwaltung stellten sicher, dass er alles bedeckte. Bald waren alle drei Brunnen versiegelt. Es geschah am vergangenen Mittwoch, südlich von Hebron, in der Nähe des Flüchtlingslagers Fawwar, und es war das Werk des Teufels, eine der teuflischsten Taten der Besatzung - und die Konkurrenz ist groß.

"Zu den Wasserbrunnen, zu den Wasserbrunnen / zu der Quelle, die im Berg pulsiert / dort wird meine Liebe noch finden / Quellwasser / Grundwasser / und Flusswasser", schrieb Naomi Shemer 1982 in "El borot hamayim". Wie schön ist es, die Brunnen in öffentlichen Singalongs zu besingen, und wie zionistisch ist dieses Lied, wie alle ihre Lieder. In diesen Brunnen gab es kein Flusswasser; Shemers Liebe zum Land Israel hätte dort nur Quellwasser und Grundwasser gefunden, aber sie werden nie wieder fließen. Araberhass, Apartheid, Brutalität und das Böse bedecken jetzt die Quelle und das Grundwasser und die falsche Liebe zum Land Israel.

Diejenigen, die die Brunnen der Bauern verstopfen, sind vom Bösen motiviert, und jeder, der das Quellwasser abschneidet, hasst das Land.

Das Böse der Apartheid hat viele Gesichter; dieses Verstopfen von Brunnen, bei dem kein Blut vergossen und keine Menschen verhaftet wurden, ist eines der hässlichsten. Keine Sicherheitslüge, kein Vorwand kann die zubetonierten Brunnen verbergen, auch nicht die Ausrede von Recht und Ordnung, nur das pure Böse. Auch wenn es nicht das schrecklichste Verbrechen ist, das jeden Tag in den Gebieten begangen wird, so ist es doch eines der hässlichsten: die Versiegelung von Brunnen. Die Leute von der Zivilverwaltung haben sicherlich eine Menge rechtlicher und bürokratischer Gründe, um zu behaupten, dass diese Brunnen, in denen lebensspendendes Grundwasser am Rande der Wüste in den südlichen Hebron Hills floss, verboten, illegal, kriminell, gefährlich und bedrohlich sind. Doch nichts, aber

auch gar nichts, rechtfertigt einen derart abscheulichen und verachtenswerten Akt. Parzellen, auf denen jahrelang wunderbares Gemüse angebaut wurde, Kohl und Blumenkohl und Salat, Tomaten und Gurken, ein kleiner Gemüsegarten angesichts der Enge und des Elends des Flüchtlingslagers Fawwar und der Trockenheit des Berges, werden nun nach Wasser schreien. Es ist unwahrscheinlich, dass die Bauern es sich leisten können, Wasser aus der Ferne herbeizuschaffen. Es ist wahrscheinlicher, dass diese Felder verdorren und absterben werden, zusammen mit der einzigen Lebensgrundlage derjenigen, die keine anderen Möglichkeiten haben. Am nächsten Tag, als das Video, das dies dokumentierte, viral ging, beeilte sich der Befehlshaber des Besatzungsmilitärs, Generalmajor Ghasan Alyan, der den Titel "Koordinator der Regierungsaktivitäten in den Gebieten" trägt, eine Anweisung herauszugeben, die besagt, dass alle Zwangsmaßnahmen gegen die Wasserinfrastruktur in den Sommermonaten vom Leiter der Zivilverwaltung überprüft werden. Überprüft, nicht vollständig beendet; nur im Sommer, nicht zu jeder Jahreszeit. Die Zerstörung von Wasserbrunnen und -tanks ist ein Eckpfeiler der Abrissaktivitäten der Zivilverwaltung. Wenn man ein Gebiet säubern und die Menschen vertreiben will, muss man ihnen zuerst das Wasser entziehen. Das ist der modus operandi. Ein Staat, der die Felder im Gazastreifen und im Negev aus der Luft vergiftet hat, zögert natürlich auch nicht, den Hirten und ihren Herden das Wasser zu verweigern. Ich habe mehr als ein paar Brunnen gesehen, die die Zivilverwaltung im Laufe der Jahre zerstört hat, und auch einige, die Siedler vergiftet haben, indem sie Tierkadaver hineinwarfen. Das wird auch jetzt nicht aufhören. Eine Frage muss ich noch stellen: Was haben die Mitarbeiter der Zivilverwaltung und die Soldaten ihren Familien über ihre Arbeit an diesem Tag erzählt? Haben sie ihren Kindern oder ihren Eltern erzählt, dass sie die Wasserbrunnen von Bauern, die auf ihrem Land leben wollen, zerstört haben? Dass das ihre Aufgabe ist, und dass es jemand tun muss? Wir können nur hoffen, dass dieser Tag sie für den Rest ihres Lebens verfolgen wird.

#### **.) Israel:Kein Gedenken an die NAKBA:**

<https://www.fr.de/politik/israel-das-schweigen-ueber-die-nakba-in-deutschland-92271682.html>

Zwar konnten Araber:innen sich in der Vergangenheit an Israels höchste Instanz der Rechtsprechung wenden, wenn ihre Rechte verletzt wurden – Viele Gesetze, mit denen Besatzungsrecht durchgesetzt wurde, blieben dabei jedoch unangetastet. Benjamin Netanjahus Finanzminister Bezalel Smotrich tritt für einen „Transfer“ möglichst „aller Araber“ aus Israel in arabische Länder ein. Dies, wie vieles andere auch, konterkariert die verbreitete Lesart, es handle sich bei Israel um die bislang „einzige Demokratie im Nahen Osten“. Die deutsch-israelische Historikerin Tamar Amar-Dahl schreibt in ihrem Buch *Der Siegeszug des Neozionismus*, man habe es

eigentlich mit einer Ethno-Demokratie zu tun. Formal gleiche Israel eher den USA, bevor Native Americans und Afroamerikanern die vollen Bürgerrechte zuerkannt wurden. Die seit Monaten andauernden Proteste Hunderttausender Israelis gegen die Unterordnung des Obersten Gerichts unter Beschlüsse von Knesset und Regierung blenden ausgerechnet den Sachverhalt aus, um den es den rechtszionistischen Kräften in Netanjahus Koalition eigentlich geht: Hindernisse abzuräumen und palästinensischen Widerstand in der Westbank zu brechen. Itamar Ben-Gvir, Minister für öffentliche Sicherheit, hat freie Hand dabei, eine Nationalgarde aufzustellen, die Begehrlichkeiten von Siedlern nach palästinensischem Land entschieden unterstützt als die zumindest formal an Regeln gebundene Armee. Dass sich immer mehr Reservisten und sogar 100 Kampfpiloten den Protesten gegen die Justizreform angeschlossen haben, deutet darauf hin, dass in den Streitkräften die Befürchtung wächst, zu Militäraktionen herangezogen zu werden, die auf internationaler Ebene noch mehr geächtet werden als bisher.

#### Amtssprache Arabisch obsolet

Da Israel keine Verfassung hat, war das Oberste Gericht die einzige Instanz, mit der auch Palästinenser zuweilen noch Rechte durchsetzen konnten. Die Betonung liegt auf „zuweilen“. Das 2017 erlassene „Boykott-Gesetz“, wonach diejenigen, die zum Boykott von Waren aus den besetzten Gebieten aufrufen, für den entstandenen Schaden einen Ausgleich zahlen sollten, annullierte das Oberste Gericht 2018. Erfolg hatte die Klage von Palästinensern gegen die illegal errichtete Siedlung „Sill Watt Hope“. Am 9. Juni 2020 kippten die Richter das 2017 erlassene Gesetz zur Legalisierung von Siedlungen in Judäa und Samaria, wie das Westjordanland in Israel offiziell heißt. Die Begründung lautete, das Recht auf Eigentum, Gleichheit und Würde von palästinensischen Landeigentümern werde unverhältnismäßig eingeschränkt. Diese bemerkenswerte Entscheidung hat jedoch nicht verhindert, dass nach wie vor ungenehmigte Siedlungen auf palästinensischem Boden errichtet werden und schon vor der Justizreform unbehelligt blieben.

#### **.) Komitee für Grundrechte und Demokratie:**

[https://www.grundrechtekomitee.de/details?tx\\_ggnews\\_newsdetailsplugin%5Baction%5D=details&tx\\_ggnews\\_newsdetailsplugin%5Buid%5D=1282&cHash=07ba72afd92f21825c7a2ddefdcf6347](https://www.grundrechtekomitee.de/details?tx_ggnews_newsdetailsplugin%5Baction%5D=details&tx_ggnews_newsdetailsplugin%5Buid%5D=1282&cHash=07ba72afd92f21825c7a2ddefdcf6347)

Gewaltfrei - Konfliktreich : Junge Israel\*Innen und Palästinenser\*Innen aus dem Westjordanland, Ost-Jerusalem und Israel treffen sich nahe Köln.

Während in Israel weiterhin regelmäßig (Groß-)demonstrationen gegen die Regierungspolitik stattfinden, eskaliert die militärische Lage im Westjordanland regelmäßig, zuletzt in Jenin.

Im Dialog entwickeln Teilnehmer\*innen ein Verständnis für Situation und Blickwinkel der „Anderen“ und es kommen die schwierigen Themen auf den Tisch: Fragen wie die Legitimität von Gewalt, das Recht auf Rückkehr (binnen)vertriebener Palästinenser\*innen, aber auch die Bedeutung des Staates Israel und das Sicherheitsbedürfnis der Israel\*innen oder Begriffe wie „Besatzung“ oder „Apartheid“ werden intensiv diskutiert. Die letzten Seminartage widmen sich der Frage „Was können wir tun?“. Hier sprechen die Teilnehmerinnen über konkrete Handlungsmöglichkeiten für sich selbst vor Ort, aber auch über langfristige, gerechte Lösungen für Israel und Palästina.

### **.) Der Hype um die israelische Militärtechnologie**

<https://www.stern.de/panorama/wissen/innovative-israelische-militaertechnologie-kann-durch-waende-sehen-32493216.html> Xaver 1000: Israelische

Militärtechnologie kann durch Wände sehen – und soll zukünftig Leben retten Diese Technologie wirkt wie aus einem Science-Fiction-Film. Mit dem Xaver 1000 sollen Militär, Polizei und Katastrophenschützer in Zukunft Leben retten. Doch wie funktioniert die israelische Erfindung, die auf künstlicher Intelligenz basiert? Und welche Nachteile hat es für Palästina?

### **.) Ambivalenter Protest: <https://www.jungewelt.de/artikel/456259.ambivalenter-protest.html>**

- Israels Staatskrise - Von Moshe Zuckermann Professor Moshe Zuckermann ist Soziologe und Historiker. Er lebt in Tel Aviv Israels Parlament hat sich in die Sommerpause verabschiedet. Die Erweiterung der sogenannten Justizreform ist somit auf den Herbst vertagt. In der Zwischenzeit wird man vorgeblich zu Einigungen mit der Opposition kommen, welche die Rigorosität der »Reform« entschärfen sollen. Entsprechend wird vermutlich auch die Protestbewegung eine gewisse Ruhepause einlegen. Es ist ja Sommer. Es ist heiß. Es ist auch Urlaubszeit. Zur Frage, welchen weiteren Verlauf die Staatskrise immer nehmen wird, lässt sich schon jetzt einiges feststellen. Zum einen ist die »Justizreform« lediglich ein Deckname für den ernstzunehmenden Versuch der gegenwärtigen Regierungskoalition, einen Staatsstreich zu vollziehen, bei dem das israelische Justizsystem so geschwächt werden soll, dass die Judikative objektiv der Exekutiven und Legislativen unterstellt wird. Dies läuft auf eine Auflösung der Gewaltenteilung hinaus, mit der realen Aussicht, eine »demokratisch« sich gerierende Diktatur zu bilden. Interesse daran haben alle Koalitionspartner mit ihren jeweiligen Partikularinteressen, vor allem aber Benjamin Netanjahu, der mit dieser »Reform« die Annullierung seines Prozesses wegen Korruption, Betrugs und Veruntreuung

erreichen könnte. Das Kollektivinteresse wird somit seinem Privatinteresse untergeordnet; seine Anhänger stören sich daran nicht, Verschwörungserzählungen folgend sind sie der Meinung, dass die Anklage gegen ihn nichts als ein »politischer Prozess« sei, der ihm angehängt worden ist, um ihn zu stürzen. Zum anderen muss aber auch gefragt werden, worum es der zweifellos beeindruckenden, seit Monaten gegen den Staatsstreich mit großer Emphase agierenden Protestbewegung geht. Eine schwer zu beantwortende Frage, wenn man bedenkt, aus welcher heterogenen Gruppen sie sich zusammensetzt. Eines ist gleichwohl klar: Wie bei den vorangegangenen großen Protestwellen (2011 gegen die Lebenshaltungskosten und 2020 gegen Netanjahu) ist ein Thema tabu – die Okkupation der palästinensischen Gebiete. Der Vorwand lautet, man möchte die Bewegung nicht politisch spalten. Aber um welche Demokratie wird dann gekämpft, wenn die entscheidende Manifestation ihrer Unterwanderung, die staatlich praktizierte Knechtung eines anderen Volkes, mit Vorbedacht ignoriert wird? Es mag der Verdacht aufkommen, dass es den allermeisten Demonstrierenden darum geht, den Status quo ante wiederherzustellen: to have the cake and eat it, die Barbarei der Besatzung fortzusetzen und sich dennoch als »die einzige Demokratie im Nahen Osten« zu wähnen. Es ist unzweifelhaft wichtig, die Vollendung des Staatsstreichs, der jetzt schon großen Schaden angerichtet hat, zu vereiteln. Aber der wünschenswerte Erfolg dieser Mission wird von Vergeblichkeit und Verlogenheit gezeichnet sein, wenn er nur das Davor und nicht ein längst fälliges Darüberhinaus zeitigen wird.

### **.) Die Apartheid deutlich machen – das 28. Farkha-Festival in Palästina :**

<https://kerem-schamberger.de/2023/08/15/die-apartheid-deutlich-machen-das-28-farkha-festival-in-palaestina/> Posted on **15. August 2023** Autor [Kerem Chamberger](#)

Und jährlich grüßt das Murmeltier. Erneut befindet sich eine internationale Delegation auf dem Farkha-Festival in Palästina. Sie ist so groß wie nie. Eindrücke aus einem Gebiet unter Besatzung und Apartheid. Auch wenn der Begriff der Resilienz im individuellen die Gefahr der neoliberalen Selbstoptimierung und Anpassungsfähigkeit in sich birgt, lässt er sich im gesellschaftlichen auf Palästinenser:innen übertragen, die seit 1948 beziehungsweise seit 1967 unter einer Besatzung leben und trotzdem weiter widerstandsfähig sind und sich nicht klein kriegen lassen. Davon kann sich seit einigen Tagen eine achtzigköpfige internationale Delegation ein Bild machen. Nach einer dreitägigen politischen Tour durch Nazareth, Bethlehem, Jerusalem und Hebron befindet sie sich nun auf dem mittlerweile 28. Farkha-Festival, das im Distrikt Salfit in der von Israel besetzten Westbank stattfindet. Die [Skandalisierungsversuche](#) der Springer-Presse im letzten Jahr mit den üblichen an den Haaren herbeigezogenen Antisemitismus-Vorwürfen haben das

Gegenteil bewirkt. Das Interesse an der Veranstaltung, die von der Jugend der Palestinian Peoples Party (frühere Kommunistische Partei Palästinas) und der Bevölkerung im Dorf Farkha organisiert wird, ist stark gestiegen. Die Delegation besteht aus jungen Linken, Kommunist:innen und Klimaaktivist:innen aus Slowenien, Dänemark, Österreich, Schweiz, Deutschland und spiegelt zugleich die Realität der postmigrantischen Gesellschaften wieder: Marokko, Ägypten, Tunesien, Türkei, Kurdistan, um nur einige Verbindungen der Teilnehmer:innen zu nennen. Über die Aktivitäten auf dem Festival finden sich aus den letzten Jahren bereits zahlreiche Berichte auf [kommunisten.de](http://kommunisten.de). Auch in diesem Jahr steht die Freiwilligenarbeit im Mittelpunkt – inspiriert von den freiwilligen Arbeitseinsätzen im revolutionären Kuba der 1960er Jahre und nach Palästina durch Tawfiq Ziad gebracht, Dichter und langjähriger kommunistischen Bürgermeister von Nazareth. Während natürlich wieder in der Ökokooperative Kamal Al Balat gearbeitet und Land terrassiert wird, um Anbaufläche für Bio-Gemüse zu gewinnen, ist der direkte Kampf gegen die israelische Besatzung und ihren Siedlerkolonialismus diesmal besonders im Fokus. Denn die israelische Armee hat für 1000 Dunams des Dorfes (1 Dunam entspricht etwa 1000 Quadratmetern) eine Beschlagnahmungsanordnung erlassen. Israelische Siedlungen, die sich in der Nähe befinden, wollen expandieren und dafür soll Land von 80 Bauern und Bäuerinnen in Farkha beschlagnahmt werden. In der Nähe befinden sich die Siedlungen Ariel, gegründet bereits 1978 und bewohnt von etwa 20.000 Besatzer:innen sowie zusätzlich 10.000 Studierenden der Ariel-Universität, sowie die High-Tech-Siedlung Barkan, gegründet 1981 und mit 2000 „Bewohner:innen“. In der Mitte von beiden befindet sich der 2020 gegründete [Außenposten Ar-Ras](#) mit dem Ziel die beiden Siedlungen zu verbinden. Dahinter steckt ein langfristiger strategischer Siedlungsbau, der den nördlichen Teil der Westbank, mit den großen Städten Nablus und Dschenin vom Rest abtrennen soll und das Gebiet in immer kleiner Bantustans zergliedern will, die so noch einfacher von der Besatzungsmacht kontrolliert werden können. Die kürzliche Übertragung der Autorität über die zivilen Angelegenheiten der Besatzung an das israelische Finanzministerium unter Leitung des rechtsextremen und rassistischen Ministers Bezalel Smotrich ist Teil dieses Planes. Langfristig soll das ganze Gebiet in den israelischen Staat eingebunden werden. Jamal Juma, Koordinator der zivilgesellschaftlichen „[Stop the Wall](#)“-Kampagne und Mitbegründer von BDS, hat der Delegation zu dieser Strategie einen Input gegeben, dessen Umsetzung mit einer anschließenden Fahrt in der Umgebung Jerusalems deutlich wurde. Eine „beeindruckende“ Visualisierung der Apartheid konkret vor Ort. Doch zurück in das Dorf Farkha. Für die Erweiterung von Ar-Ras soll nun weiteres Land beschlagnahmt werden. Und um dies zu verhindern, wird das Land derzeit kultiviert. 1500 Olivenbäume wurden gepflanzt, ein Grill-Bereich für Familien entsteht, sowie ein Bike- und Wandertrail. Menschen sollen dazu animiert werden,

auf dem bedrohten Gebiet Zeit zu verbringen und eine Verbindung aufzubauen. Auch damit Widerstand geleistet wird an dem Tag, an dem Siedler:innen, geschützt von der israelischen Armee, kommen, um das Land zu besetzen. Schon jetzt werden die Aktivitäten der Dorfbewohner:innen ständig von Siedler:innen beobachtet, oft unter Schutz israelischer Soldaten. Deutlich wird, dass die Einverleibung palästinensischen Landes in der Westbank oft in direkter Komplizenschaft mit der Armee einhergeht. Das eine wäre ohne das andere nicht möglich. Palästinensische Arbeiter:innen trauen sich mittlerweile nicht mehr auf dem Land zu arbeiten, weil sie Angst haben ihre Arbeitsgenehmigung für Israel, die ein paar von ihnen besitzen, zu verlieren. Großen Baumaschinen wie Baggern droht zudem die Beschlagnahmung, sollten sie auf das beanspruchte Land fahren. Und deshalb arbeiten wir als Festivalteilnehmer:innen dort, reinigen das Gebiet von Steinen und errichten Mauern um den entstehenden Grill- und Freizeitplatz. Am kommenden Freitag wird der neue Freizeitort eingeweiht.

Auf diesem Screenshot von Google könnt ihr (skandalöserweise) schon sehen, wie das betroffene palästinensische Gebiet bei Farkha einfach schon in die Siedlung „integriert“ wurde.

Diese Aktivitäten sind Ausdruck des Widerstandes der Menschen aus Farkha gegen die Besatzung und zugleich ein Zeichen für ihre – bei weitem nicht einfache – Fähigkeit zur Resilienz, sich immer wieder auf neue Bedrohungen einstellen zu können. Teil davon sind auch die Pläne der Gemeinde, den jahrhundertealten Kern des Dorfes aus der osmanischen Zeit zu renovieren und attraktiv für Tourismus und Büroräume in altem Ambiente zu machen. Im kommenden Winter sollen dort zudem Dreharbeiten zu einem Kinofilm mit internationaler Beteiligung stattfinden, der den Aufstand gegen die britische Besatzungsmacht ab 1936 thematisiert. Man darf gespannt sein.

Neben der Freiwilligenarbeit finden auch viele Veranstaltungen statt. Zum ersten Mal stellen Teilnehmer:innen der internationalen Delegation ihre Kämpfe und Auseinandersetzungen vor. Von Stadtteilarbeit, Klimaaktivismus in Slowenien, Kurdistan-Solidarität und den Kampf gegen antipalästinensischen Rassismus wurde die Vielfalt deutlich, die in ihrer Solidarität mit der palästinensischen Bevölkerung geeint ist. Issam Aruri, Direktor des Jerusalem Legal Aid & Human Rights Center ([JLAC](#)), das juristisch gegen die Besatzung kämpft, hält einen Vortrag mit konkreten Zahlen: zum Anstieg der von Israel durch Räumungsverfahren zerstörten Häuser und Geschäfte, die von 200 im Jahr Anfang der 2000er auf 830 im Jahr 2022 gestiegen ist, über die mehr als 600 israelischen Kontrollpunkte, Barrikaden und Checkpoints in der Westbank, zu den 142 Leichnamen getöteter Palästinenser:innen, die den Angehörigen durch die Besatzungsmacht vorenthalten werden. Teilweise seit Jahren. Bis Anfang Juli wurden bereits 153 Palästinenser:innen getötet, das bisher tödlichste Jahr seitdem die Vereinten Nationen 2005 mit der Aufzeichnung begonnen hat. Als



ein palästinensischer Genosse während des Vortrags empört aufsteht und deutlich macht, dass hinter jeder dieser Zahlen konkretes Leid, eine Familiengeschichte, Freundschaften stehen, ist das für die Delegation wie ein Weckruf.

„Wir bitten die internationale Gemeinschaft darum, das zu tun, was sie mit Russland im letzten Jahr in nur sieben Tagen gemacht haben und im Fall Israel seit sieben Jahrzehnten nicht hinbekommen“, sagt Aruri und blickt in die Gesichter der Internationalist:innen.

Auf [Twitter](#) könnt ihr den Verlauf der Delegationsreise im Detail nachverfolgen)

### **.) Farkha-Festival 2023 gestartet:**

<https://www.kommunisten.de/spezial/farkha-festival/8890-farkha-festival-2023-gestartet>

#### [Farkha-Festival 2023 gestartet](#)

Rekord bei internationaler Beteiligung: 80 Internationalist:innen aus der ganzen Welt Unsere Antwort auf die sich verschärfende Unterdrückung der Palästinenser:innen durch die israelische Besatzung: mit 80 Internationalist:innen aus der ganzen Welt am kommunistischen Farkha-Festival in Palästina teilnehmen und ein starkes Zeichen der Solidarität setzen. Wir kommen dieses Jahr aus Deutschland, Dänemark, Slowenien, Türkei, Kurdistan, Italien, Österreich, Schweiz und wir stellen zugleich die bunte Realität der postmigrantischen Gesellschaften Europas dar.

### **.) Israel-Palästina Debatte in Deutschland: Der Elefant im Raum:**

<https://taz.de/Israel-Palaestina-Debatte-in-Deutschland/!5950121/>

Etwas nicht wahrzunehmen, obwohl es in nächster Nähe geschieht, ist kein singulär israelisches Phänomen. Was die Psychologie einen Blind Spot nennt, markiert in diesem Fall allerdings eine ausgedehnte Konfliktgeografie. Über den Umstand, dass unter der Militärherrschaft im Westjordanland regelmäßig Minderjährige ins Gefängnis gesteckt werden, sagt eine jüdische Anwältin: „Das geschieht in nur 30 Fahrminuten Entfernung von unseren friedlichen Schlafzimmern, und doch wissen die meisten Israelis nichts davon.“

Nichtsehen und Nichtwissen wurden eingeübt über mehr als ein halbes Jahrhundert. Das verdrängte, beschwiegene Unrecht der Besatzung sei nun der sprichwörtliche „Elephant in the Room“. So lautet der [Titel eines Manifests](#), das – aus den USA kommend – im Ringen um Israels Zukunft einen radikaldemokratischen, egalitären Ton setzt. Bisher haben sich 1.500 überwiegend jüdische WissenschaftlerInnen der Erklärung angeschlossen. Ein Kernsatz lautet: „Es kann keine Demokratie für Juden in Israel geben, solange Palästinenser unter einem Regime der Apartheid leben.“

**.)Mondoweiss, 19.8. 2023: Ein Wendepunkt für Palästina in der Weltpolitik :**

Englisches Original:

<https://mondoweiss.net/2023/08/2023-a-turning-point-for-palestine-in-global-politics/?>

[ml\\_recipient=96937324810602477&ml\\_link=96937104633759222&utm\\_source=newsletter&utm\\_medium=email&utm\\_term=2023-08-19&utm\\_campaign=Daily+Headlines](https://mondoweiss.net/2023/08/2023-a-turning-point-for-palestine-in-global-politics/?ml_recipient=96937324810602477&ml_link=96937104633759222&utm_source=newsletter&utm_medium=email&utm_term=2023-08-19&utm_campaign=Daily+Headlines)

**Während in Israel, den USA und China die wichtigsten politischen Veränderungen der letzten 30 Jahre stattfinden, wird das Jahr 2023 vielleicht als das Jahr in Erinnerung bleiben, in dem sich das politische Momentum für Palästina spürbar verändert hat.**

**Von Mitchell Plitnick**

18. August 2023

*Mitchell Plitnick ist der Vorsitzende von ReThinking Foreign Policy. Zusammen mit Marc Lamont Hill ist er Autor von Except for Palestine: The Limits of Progressive Politics. Zuvor war er Vizepräsident der Foundation for Middle East Peace, Direktor des US-Büros von B'Tselem und Co-Direktor von Jewish Voice for Peace.*

Einer der aufschlussreichsten Aspekte des Jahres 2023 für Palästina und Israel ist die Tatsache, wie viel passiert ist, während sich die Lebensbedingungen der Palästinenser stetig verschlechtert haben. Die Besatzung des Westjordanlandes hat sich in eine Annexion verwandelt, und der Apartheid-Charakter Israels wurde einem größeren Teil der Weltöffentlichkeit vor Augen geführt. Die Proteste in Israel haben der Welt gezeigt, dass israelische Juden über politische Grenzen hinweg für den Schutz der ausschließlich ihnen vorbehaltenen Demokratie eintreten, während immer mehr Menschen erkennen, dass dies etwas ist, was die Israelis schon vor langer Zeit hätten tun können, wenn der politische Wille vorhanden gewesen wäre, die Apartheid-Realität anzugehen.

Natürlich gibt es noch mehr, aber trotz alledem hat sich das tägliche Leben der Palästinenser nicht sonderlich verändert. Die Siedlerpogrome sind nicht neu, auch wenn die Siedler dreister denn je sind. Der größte Unterschied besteht darin, dass es im Westen ein paar mehr Nachrichtenberichte darüber gibt. Die Siedlungen dehnen sich weiter aus. Das Tempo hat sich verschärft, aber auch das ist nicht neu. Das palästinensische politische System, so wie es ist, setzt seine Zusammenarbeit fort, zeigt gelegentlich Trotz, dem niemand mehr glaubt, und spricht ab und zu von Veränderungen. Das ist nichts Neues.

Doch trotz all dieser Gleichförmigkeit gibt es starke Anzeichen dafür, dass das Jahr 2023 als ein Meilenstein und in der Tat als ein Wendepunkt angesehen werden wird. In Israel sind tiefgreifende Veränderungen im Gange. Die Reaktionen auf diese Veränderungen müssen sich erst noch in den Schaltzentralen der Macht in

Washington, Brüssel, London, Berlin und Paris niederschlagen. Aber so widerspenstig wie diese Hauptstädte in dieser Hinsicht sind, könnten wir auf das Jahr 2023 als das Jahr zurückblicken, in dem der Wandel endlich begann.

Das ist kein übertriebener Optimismus, glauben Sie mir. Ich beschäftige mich beruflich seit über zwanzig Jahren mit der US-Politik gegenüber Israel und Palästina und studiere sie seit fast vierzig Jahren. Diese Erfahrung fördert nicht den Optimismus. Und in der Tat ist es keineswegs sicher, dass die Veränderungen, die sich aus den bisherigen prägenden Ereignissen des Jahres 2023 ergeben werden, zwangsläufig positiv sein werden. Aber sie werden bedeutsam sein.

### **Veränderungen in Israel**

Der offensichtlichste Faktor ist das, was in Israel geschieht. So sehr die Demonstranten auch auf eine exklusive jüdische Demokratie fixiert sind und hart daran arbeiten, Stimmen, die gegen die Besatzung sind, am Sprechen zu hindern (auch wenn sie sich freuen, wenn sie im Stillen auftauchen), ist die offensichtliche Kontinuität zwischen der Verweigerung der Rechte der Palästinenser und der Einschränkung dieser Rechte für Juden unausweichlich. Selbst wenn den Demonstranten die Palästinenser egal sein könnten, sehen sie sich mit der Tatsache konfrontiert, dass es die Siedlerbewegung ist, die antidemokratische Veränderungen fördert und ihre Kontrolle über die israelische Regierung und das Militär ausbaut. Dies wird in Zukunft von Bedeutung sein. Im Jahr 2011 gab es in Israel eine Reihe großer Proteste, bei denen eine Erhöhung der Sozialausgaben gefordert wurde. Diese Bewegung wehrte sich erfolgreich gegen jede Verbindung mit der Notlage der Palästinenser. Die Anführer der aktuellen Proteste haben versucht, diesen Erfolg zu wiederholen, indem sie wie 2011 argumentierten, dass die Ziele ihrer Bewegung allen zugute kämen, aber jede explizite oder auch nur implizite Verbindung zu den Palästinensern die Erfolgsaussichten untergraben würde.

Das Jahr 2023 ist jedoch anders. Während die Proteste die Befürworter einer Demokratie für alle unter israelischer Herrschaft an den Rand gedrängt haben, können sie die Trennung zwischen palästinensischen Rechten und Demokratie nicht aufrechterhalten. Von Anfang an war klar, dass die Protestführer nicht in der Lage sein würden, die Palästinenser vollständig auszuschalten, wie es 2011 geschehen war.

Das liegt nicht nur an den Bemühungen einiger jüdischer israelischer Linker und Palästinenser, die die Menschen ständig daran erinnern, dass diese Proteste keine echte Demokratie, sondern nur eine jüdische Demokratie fordern. Es hängt auch eng damit zusammen, worum es bei den Protesten geht.

Bei den Protesten 2011 ging es im Wesentlichen um die Haushaltsprioritäten Israels. Bei diesen Protesten geht es um die Übernahme der israelischen Regierung durch die Siedler. Dies hat sich seit Jahrzehnten abgezeichnet, da die israelische Wählerschaft seit den späten 1970er Jahren, als der Likud das Machtmonopol der

Arbeitspartei in Israel brach, kontinuierlich nach rechts driftete.

Im Jahr 2000, als sowohl Ehud Barak als auch Bill Clinton ihr Wort gegenüber Yasir Arafat brachen und ihm unaufrichtigerweise die alleinige Schuld am Scheitern der Camp-David-II-Gespräche und dem Beginn der zweiten Intifada gaben, brach die bereits zerfledderte israelische Linke, so zentristisch sie auch wirklich war, zusammen und verschwand praktisch. Doch jetzt gibt es eine wachsende Gegenreaktion auf die extreme Rechte, die Netanjahu hofiert hat.

In den letzten zehn Jahren hat Netanjahu seine Regierungen immer weiter nach rechts gerückt, um die legalen Strukturen (für Juden) zu untergraben und sich der Rechenschaftspflicht für seine umfassende und kriminelle Korruption zu entziehen. In den nächsten Jahren wird sich nun wahrscheinlich eine unbeabsichtigte Konsequenz entwickeln: eine glaubwürdige Opposition, die mehr zu vereinen hat als nur die Abneigung gegen Netanjahu, die der einzige gemeinsame Nenner der derzeitigen Opposition ist, einem bizarren Geflecht aus einigen palästinensischen Parteien und überwiegend rechtsgerichteten und rechts der Mitte stehenden zionistischen Parteien.

Diese Alternative wird sich höchstwahrscheinlich um bestimmte demokratische Grundsätze scharen, um sich den religiösen und von Siedlern dominierten Parteien entgegenzustellen. Die Frage ist, ob das bedeutet, dass sie sich um rechte Persönlichkeiten wie Benny Gantz, um Mitte-Rechts-Parteien oder um eine neue Führung scharen wird, die legitimerweise einen Weg nach vorne für Israelis und Palästinenser finden will. Auch das wäre sicherlich eine Regierung der rechten Mitte, die sich der Erhaltung des "jüdischen Charakters" Israels verschrieben hat. Und das wird natürlich eine fortgesetzte Diskriminierung erfordern.

Selbst im günstigsten Fall wird es sicherlich keine größere israelische Partei geben, die ernsthaft in Betracht ziehen würde, was die Palästinenser für ein Minimum an Gerechtigkeit fordern würden. Aber es könnte bedeuten, dass wir eine kleinere, aber immer noch bedeutende Partei sehen, die sich der jüdisch-arabischen Gleichberechtigung und Partnerschaft widmen könnte. Eine solche Partei könnte gerade groß genug sein, um von jeder Nicht-Likud-Regierung zur Bildung einer Koalition benötigt zu werden, und das bedeutet Druckmittel. Wenn eine solche Partei Teil der Unterstützung einer weniger schmackhaften Partei sein könnte, die zumindest eine bedeutende Alternative zu Netanjahu, Smotrich und Ben Gvir bietet, könnte das einen großen Unterschied ausmachen. Sicherlich hat 2023 bereits bewiesen, dass eine extreme israelische Regierung nichts dazu beiträgt, die Aussichten der Palästinenser auf bessere Zeiten zu verbessern, und es scheint unausweichlich, dass eine echte, antirassistische, arabisch-jüdische Einheit der einzig mögliche Ausweg aus diesem Apartheid-Sumpf ist.

### **Veränderungen in der [US-]Demokratischen Partei**

Wir haben alle zu Recht viel aus der Gallup-Umfrage vom März gemacht, die zeigte,

dass die Wähler der Demokraten die Palästinenser deutlich stärker unterstützen als Israel. Der Unterschied in dieser Umfrage - 49%-36% zugunsten der Palästinenser - war zu groß, um als statistische Anomalie abgetan zu werden. Die Tatsache, dass 56 % dieser Demokraten Israel weiterhin unterstützen, deutet darauf hin, dass die Verschiebung in hohem Maße auf Israels Neigung zum Autoritarismus in den letzten Jahren und insbesondere seit der letzten Wahl zurückzuführen ist. Das wiederum bedeutet, dass es sich nicht um einen Verlust der Sympathie für Juden handelt, sondern endlich um die Anerkennung der Menschenwürde (humanity) der Palästinenser und des Autoritarismus, dem sie ausgesetzt sind.

Die Tatsache, dass diejenigen, die nicht mit den Palästinensern sympathisieren, überwiegend älter sind, deutet darauf hin, dass es sich nicht um eine vorübergehende Phase unter den Demokraten handelt, sondern sehr wahrscheinlich um einen Trend, der sich fortsetzen wird. Aber die gewählten Vertreter der Partei bleiben in ihrer Hingabe an Israel unerschütterlich. Die jüngste Delegation der Demokraten im Repräsentantenhaus, die vom Minderheitenführer Hakeem Jeffries mit all seinem Pro-Apartheid-Enthusiasmus angeführt wurde, zeigte, dass der Kern der demokratischen Partei in dieser Frage fest in Israels Hand und im Gegensatz zu ihren eigenen Wählern steht.

Ist dies von Dauer? Es kommt darauf an, und im Jahr 2024 steht viel auf dem Spiel. AIPAC hat bereits deutlich gemacht, dass sie Jamaal Bowman, Summer Lee, Pramila Jayapal, Ilhan Omar und Rashida Tlaib hart angehen wollen. Die Gemeinschaft der Palästina-Solidarität ist zwar klein, aber politisch sehr aktiv. Es wird wichtig sein, dass ihre Energie dem Geld von AIPAC entgegenwirkt und dass die Menschen hören, dass der Widerstand gegen die Apartheid ein gewinnbringendes politisches Thema ist. Das ist möglich und notwendig, wenn sich die politische Feigheit, die Jeffries und seine demokratischen Kollegen an den Tag gelegt haben, nicht wiederholen soll. Die Wirkung eines solchen Sieges kann gar nicht hoch genug eingeschätzt werden. Er wird bedeuten, dass sich die Position der Demokraten, egal wie sehr einige Demokraten und Parteiführer, bis hin zu Joe Biden und Antony Blinken, das Leben der Palästinenser verachten, in Bewegung setzen und die Unterstützung für ein Apartheidsystem in Israel dort lassen muss, wo sie hingehört - in der republikanischen Partei. Denn die meisten Wähler der Demokraten wissen, dass der Widerstand gegen die Apartheid sowohl im Interesse der Israelis als auch der Palästinenser und vor allem im Interesse der Gerechtigkeit liegt.

Sollte sich eine solche Haltung in der Demokratischen Partei durchsetzen, werden wir sicherlich auf das Jahr 2023 zurückblicken, das Jahr, in dem liberale Zionisten begannen, unsere blinde Unterstützung für Israel endlich in Frage zu stellen, als einen Wendepunkt. To unsubscribe: List help.

**.) Amos Goldberg zu Felix Klein (FAZ 23.8. 2023): Apartheid ist Realität in Israel :**

<https://zeitung.faz.net/faz/feuilleton/2023-08-23/8246440ad51da29fbc72fc4745beb36f?GEPC=s9>

Nahost-Konflikt Apartheid ist Realität in Israel Lange wurde Israel vor dem Apartheid-Vorwurf in Schutz genommen. Angesichts der jüngsten Ereignisse in meiner Heimat lässt sich das nicht aufrechterhalten. Daher greift auch die Formel nicht mehr, dass, wer von Apartheid spricht, Antisemit sei.

Von Amos Goldberg.

Felix Klein, der Antisemitismusbeauftragte der Bundesregierung, hat jüngst anlässlich eines aufschlussreichen Interviews mit der deutschen Nahost-Expertin Muriel Asseburg die Behauptung aufgestellt, wer Israel Apartheid unterstelle, delegitimiere den jüdischen Staat. Denn das sei ein antisemitisches Narrativ. Die These ist fragwürdig. Denn hätte Felix Klein recht, wären einige der namhaftesten Holocaust- und Antisemitismusforscher aus Israel, Amerika, Europa und der ganzen Welt Antisemiten.

In einer kürzlich veröffentlichten Petition, die von Omer Bartov, einem der angesehensten Holocaust- und Genozidforscher mitinitiiert wurde, heißt es, es könne „für Juden in Israel keine Demokratie geben, solange Palästinenser unter einem Apartheid-Regime, als das es israelische Juristen charakterisiert haben, leben“. Die Petition wurde inzwischen von mehr als 1900 Wissenschaftlern unterzeichnet, meist Juden und Israelis, darunter Saul Friedländer, Shulamit Volkov, Eva Illouz, Dan Diner und Christopher Browning. Sie alle sind auch in Deutschland bekannt. Viele Unterzeichner betrachten sich als Zionisten – wie etwa Benny Morris, der in der Vergangenheit noch stets betont hat, dass der Begriff Apartheid auf Israel nicht angewendet werden könne.

Die Petition und ihr internationaler Zuspruch sind außergewöhnlich. Aber angesichts der jüngsten Entwicklungen in Israel ändern viele Menschen in Israel und weltweit, Juden wie Nicht-Juden, ihre Meinung. So schrieb Benjamin Pogrund, ein aus Südafrika stammender jüdischer Israeli und scharfer Kritiker all jener, die Israel als Apartheid-Staat bezeichnen, in einem Gastbeitrag für die israelische Zeitung „Haaretz“: „Jahrzehntelang habe ich Israel vor dem Apartheid-Vorwurf in Schutz genommen. Das ist mir nun nicht mehr möglich.“

Ein Vergleich mit Südafrika:

Pogrund untermauert seine Argumentation mit Fakten, darunter einem detaillierten Vergleich zwischen Israel und Südafrika. Ex-Generalmajor Amiram Levin, vormals hoher Kommandeur der israelischen Armee, bezeichnete die israelische Herrschaft über das Westjordanland als „siebenundfünfzig Jahre absoluter Apartheid“, und Barak Medina, renommierter Juraprofessor an der Hebräischen Universität Jerusalem und vormals Kandidat für den Obersten Gerichtshof, schrieb, dass die unwahren Äußerungen von Finanz- und zweitem Minister im Sicherheitsministerium Bezalel Smotrich dazu dienten, im besetzten Ost-Jerusalem ein Apartheid-Regime zu rechtfertigen. Israel verändert sich vor unser aller Augen, und viele Menschen

reagieren darauf. Wie ist Felix Kleins Unbelehrbarkeit also zu verstehen? Hannah Arendt könnte vielleicht weiterhelfen. Wie sie in „Elemente und Ursprünge totalitärer Herrschaft“ darlegt, zeichnet sich „ideologisches Denken“ dadurch aus, dass es „unabhängig von aller Erfahrung“ funktioniert, sozusagen „von der Wirklichkeit emanzipiert“. In Arendts Sinn ist Felix Klein ein Ideologe, der die Augen vor der Realität verschließt und daraus kein Geheimnis macht.

In seiner in der Zeitung „Die Welt“ formulierten Kritik an Muriel Asseburg versucht er gar nicht erst, das Argument zu widerlegen, dass Israel Apartheid praktiziert. Er erklärt einfach, dass Apartheid dem ideologischen Verständnis eines „jüdischen Staates“ zuwiderlaufe und entsprechende Vorwürfe daher antisemitisch seien. Was würde er sagen, wenn gezeigt werden kann, dass Israel ein Apartheid-Staat ist? Dass die politische Realität in den besetzten Gebieten und selbst innerhalb Israels den Kriterien entspricht, wie sie im Völkerrecht definiert werden, also im Römischen Statut des Internationalen Strafgerichtshofs, das im Jahr 2000 auch von Deutschland ratifiziert wurde? Für Klein wäre das vermutlich belanglos. Israel kann Apartheid a priori nicht vorgeworfen werden, ungeachtet der Fakten, weil Israel ein jüdischer Staat ist.

Widersprüchliche Aussagen:

Und da der Antisemitismusbeauftragte mit Blick auf Israel nicht von Apartheid sprechen will, weil dies den jüdischen Charakter des Staates Israel negieren würde, erkennt er im Grunde an, dass ein jüdischer Staat ein Apartheid-Staat sein kann, vielleicht sogar sein muss. Aus seiner Sicht ist das kein Problem, sondern ein Vorzug, da ein „jüdischer Staat“, und sei es ein Apartheid-Staat, der die jüdische Vorherrschaft hochhält, ein umso höherer Wert ist, den zu verteidigen wir moralisch verpflichtet sind und den zu kritisieren antisemitisch ist. Mit anderen Worten: Klein erkennt an, dass Israel als jüdischer Staat ein Apartheid-Staat sein könnte, findet es aber antisemitisch, in Bezug auf Israel von Apartheid zu sprechen. Mit dieser Haltung ist er nicht mehr weit entfernt von jenen rechtsextremen Politikern, die der aktuellen israelischen Koalitionsregierung angehören und offen fordern, dass der jüdische Charakter des Staates über seinem demokratischen Charakter stehen müsse.

Selbst wenn Israel, dieser Logik entsprechend, abermals ethnische Säuberungen wie während der Nakba 1948 durchführen und zahllose Palästinenser aus dem Staat Israel oder dem Westjordanland ausweisen würde – wie die Journalistin Amira Hass und viele erfahrene Beobachter warnen und wie es von einigen Ministern der Likud-Partei angedroht und von Minister Smotrich in seinem „Decisive Plan“ mehr oder weniger explizit formuliert wird –, selbst dann würde Felix Klein vermutlich sagen, es sei antisemitisch, dieses Vorgehen als ethnische Säuberung zu bezeichnen, weil es ja dazu beitrüge, den Charakter Israels als „jüdischer Staat“ zu stärken. Vielleicht würde er einräumen, dass man ein solches Verbrechen kritisieren könne, ohne damit

Antisemit zu sein, wohlgermerkt unter der Bedingung, dass die legitimen Sicherheitsinteressen Israels berücksichtigt werden, wie er kürzlich mit Blick auf Kritik an der illegalen Sperrmauer erklärte.

Wenig überraschend also, dass die jüngsten Entwicklungen in Israel seit Bildung der offen rassistischen und antidemokratischen Regierung, die ihre Apartheid-Politik täglich praktiziert, bei Klein nicht einmal für eine Spur an Irritation gesorgt haben. Und das, obwohl die Regierung die faktische Annexion der besetzten Gebiete weiter vorantreibt und die Millionen Palästinenser, die dort leben, ihrer Rechte beraubt, während die israelischen Bewohner dieser Gebiete, also die Siedler, volle Bürgerrechte genießen. Obwohl die parallel bestehenden Rechtssysteme im Westjordanland ausgebaut werden – Zivilrecht für Juden, Kriegsrecht für Palästinenser. Obwohl die Regierung Israel zu einem autoritären, antidemokratischen Staat umbaut, um die Annexion des Westjordanlandes zu ermöglichen, ohne dass dies juristisch angefochten werden könnte.

Obwohl Itamar Ben-Gvir Minister für Nationale Sicherheit ist, ein Mann, der 2008 wegen Rassenhasses und Unterstützung einer terroristischen Vereinigung verurteilt wurde und ein Bewunderer des jüdischen Terroristen Baruch Goldstein ist, der 29 Palästinenser in der Höhle der Patriarchen in Hebron 1994 massakrierte. Obwohl terroristische Angriffe auf Palästinenser – wie etwa das Pogrom im palästinensischen Dorf Huwara oder die Ermordung eines Palästinensers aus dem Dorf Burqa – fast täglich vorkommen. Obwohl Minister Smotrich öffentlich erklärt, dass das palästinensische Dorf Huwara ausgelöscht werden sollte, und Minister Ben-Gvir den Mord in Burqa rechtfertigt. Und obwohl Minister Smotrich Gelder für arabische Studenten in Ost-Jerusalem und arabische Kommunen streicht, einfach so. All das kann Klein nicht erschüttern. Die Realität hat keinen Einfluss auf seine Positionen. Deshalb interessieren ihn vermutlich weder die Argumente des israelischen Menschenrechtsanwalts Michael Sfard, der in einem detaillierten Bericht 2020 darauf hinwies, dass im Westjordanland Apartheid praktiziert wird, noch die Berichte der Organisation Human Rights Watch aus dem Jahr 2021, die ebenfalls feststellen, dass in den besetzten Gebieten Apartheid praktiziert wird. Er interessiert sich auch nicht für die juristischen Fallanalysen der Menschenrechtsorganisation B'Tselem (2021) und Amnesty International (2022), die zum selben Ergebnis kommen.

Felix Klein tut die Vorwürfe als antisemitisch ab, weil sie den jüdischen Charakter Israels in Frage stellen. Wie schräg. Wie realitätsfremd. Wie ideologisch. Klein mag für die Realität nicht empfänglich sein, doch die Realität ist stärker, und immer mehr Menschen auf der Welt und in Israel beginnen es zu erkennen. Israel Apartheid vorzuwerfen ist nicht antisemitisch. Es beschreibt die Realität. Die israelische Regierung kämpft gegen Menschenrechte, Demokratie, Gleichheit und propagiert das Gegenteil: Autoritarismus, Diskriminierung, Rassismus und Apartheid. Felix Klein



und alle anständigen Menschen müssen sich entscheiden, auf welcher Seite der Geschichte sie stehen wollen im Kampf gegen Antisemitismus.

*Amos Goldberg ist Professor für Holocaust-Geschichte an der Hebräischen Universität Jerusalem. Als Ko-Herausgeber veröffentlichte er zuletzt „The Holocaust and the Nakba: A New Grammar of Trauma and History“ (Columbia University)*

**.) Was ein Tanzvideo von Jugendlichen über Gaza erzählt:**

<https://www.mena-watch.com/gaza-streit-um-ein-tanzvideo/>

Mohammed Altlooli

Auf diversen Plattformen wurde in den vergangenen Tagen über einen in den sozialen Medien verbreiteten Videoclip diskutiert, in dem einige junge Männer während der Hochzeit ihres Freundes öffentlich auf einer Straße in Gaza tanzen. Große Verbreitung fand das Video dabei sowohl unter Gegnern, die es als Verstoß gegen die moralischen Werte bezeichnen, und Befürwortern, die meinen, die Bevölkerung von Gaza habe das Recht, ihrer Freude so Ausdruck zu verleihen, wie sie es für richtig erachte.